

1 **Fir eng biergerno, demokratesch a nohalteg EU, déi** 2 **d’Grenze vum Planéit respektéiert**

3

4 *Aus der Perspektive zahlreicher Menschen ist die EU-Politik z.T. aus dem Ruder geraten. Politik “über*
5 *die Köpfe der Menschen hinweg”, Ausrichtung der Politik nach dem Bestreben der Konzerne statt*
6 *dem Wohlergehen der Menschen.... so das Gefühl zahlreicher Menschen.*

7 *Wenn die EU bei den Menschen Vertrauen zurückgewinnen will, dann führt kein Weg an einer*
8 *fundamentalen Demokratisierung der EU-Strukturen und Entscheidungsprozesse vorbei, ebenso wie*
9 *eine Ausrichtung der Politik im Sinne des Gemeinwohls im Respekt der Grenzen des Planeten.*

10

11 **Europäische Union an den globalen Zielen der nachhaltigen Entwicklung** 12 **orientieren**

13 Der Mouvement Ecologique tritt für eine weiter zusammenwachsende Europäische Union (EU) ein,
14 deren Politik sich an den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung der 2030-Agenda der UN
15 ausrichtet. Das bedeutet, dass sowohl die EU als auch die einzelnen Mitgliedsstaaten einen
16 verstärkten gesellschaftlichen Umbau im Sinne der nachhaltigen Entwicklung in die Wege leiten
17 müssen. Dies in allen Bereichen, Politiken, Rechtsakten und Rahmensetzungen und
18 ressortübergreifend.

19 Die Politik der EU muss sicherstellen, dass Leben und Wirtschaften inner- und außerhalb der EU die
20 planetaren Grenzen nicht überschreitet bzw. umgehend effektive Maßnahmen in jenen Bereichen
21 ergreifen, in denen die Folgen der Überschreitung bereits offenbar sind.

22 Es gilt zudem die Forderung des 8. Europäischen Parlaments, nach einer klaren Orientierung des
23 Finanzrahmens der EU an den UN-Nachhaltigkeitszielen zu unterstützen.

24 Eine reelle Nachhaltigkeitspolitik auf EU-Ebene erfordert ebenfalls, dass bei umweltrelevanten
25 Gesetzgebungsverfahren alle betroffenen Generaldirektionen, Ratsformationen und Ausschüsse
26 einbezogen werden müssen.

27

28 **EU-Haushalt als dynamisches Instrument für eine globale und europäische** 29 **nachhaltige Entwicklung ausrichten**

30 Der derzeitige EU-Haushalt steht weitgehend im Widerspruch zu EU- und internationalen Zielen in
31 Bezug auf Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz. Die heutige Budgetpolitik sichert nicht die
32 notwendige Umgestaltung, um Klima- und Umweltprioritäten nach 2020 zu stärken.

33

34 Der EU-Haushalt sollte - als essentieller Rahmen für Entscheidungen - Nachhaltigkeit, wirtschaftliche
35 Gerechtigkeit und Wohlstand fördern, dies durch verstärkte Investitionen in soziale Infrastrukturen,
36 Bildung, Kultur, Klimaschutz, Biodiversität, soziale Gerechtigkeit u.a.m..

37 Entsprechend muss der nächste Haushalt den internationalen Verpflichtungen in Bezug auf
38 Klimawandel, biologische Vielfalt und nachhaltige Entwicklung gerecht werden, mit einem klar

39 definierten, verbindlichen Ziel von substantiellen Ausgaben für Klimawandel und Natur. Darüber
40 hinaus sollte im Bereich des Naturschutzes, die Finanzierung des EU-LIFE-Programms mindestens 1%
41 des Gesamtbudgets der EU ausmachen.

42

43 Geboten ist ebenfalls vor allem ein mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) für Projekte im Sinne der
44 nachhaltigen Entwicklung sowie die Abschaffung umwelt- und klimaschädlicher Subventionen und
45 die Einführung von sogenannten "Verschmutzungsabgaben".

46

47 **Gerechte und nachhaltige Steuerpolitik in die Wege leiten**

48 Effektive und koordinierte Steuermaßnahmen sollten sicherstellen, dass alle transnationalen
49 Unternehmen ihren gerechten Anteil an Steuern zahlen und zu den öffentlichen Haushalten auf
50 nationaler Ebene beitragen. Die EU muss sich dabei verpflichten, Steuerhinterziehung weltweit
51 wirksam zu bekämpfen und die europäischen Steueroasen zu schließen.

52 Die Einführung einer realen Digitalisierungs- / Robotersteuer, eine Debatte über die verstärkte
53 Besteuerung von Kapital u.a. drängen sich auf!

54 Unerlässlich ist ebenfalls, dass die EU weitaus kohärenter als bis dato sicherstellt, dass ein
55 *nachhaltiges* Steuersystem etabliert wird.

56

57 **Ein transparenteres und demokratischeres Europa**

58 Verstärktes Ziel muss eine demokratische und bürgernahe EU sein, in der Entscheidungsprozesse -
59 insbesondere Gesetzgebungsverfahren und Trilogie - transparent ablaufen. Rats- und
60 Parlamentssitzungen müssen von der Öffentlichkeit verfolgt werden können.

61 Die EU muss das Recht auf Information, Beteiligung und Gerechtigkeit für alle gewährleisten. Die
62 bestehende Verordnung über den Zugang zu Informationen der EU sollte zu einer umfassenden EU-
63 Transparenzverordnung fortentwickelt werden.

64

65 Sie muss, indem sie den Zugang zu Gerichten verbessert, die Situation beenden, dass das
66 Übereinkommen von Aarhus nicht eingehalten wird. Generell gilt es den Zugang zum Justizsystem zu
67 verbessern.

68

69 Zudem entsteht eine Revision des Verfahrens für Bürgerbegehren an, die derzeit aus Sicht der
70 Zivilgesellschaft nicht zufriedenstellend geregelt ist. Hier gilt es Reformen im Sinne einer
71 verbesserten Partizipation sicherzustellen (u.a. die Vorgehensweise entbürokratisieren, Ausweitung
72 der Möglichkeiten zur Durchführung eines Begehrens). So wäre es eine Überlegung wert, dass das
73 Parlament über das Ziel eines Bürgerbegehrens im Plenum abstimmen muss.

74

75 Es sollten zudem Maßnahmen ergriffen werden, um EU-Institutionen und nationalen Regierungen in
76 ihren Entscheidungsprozessen eine verschärfte Rechenschaftspflicht und Transparenz aufzuerlegen.

77

78 "Europa der Menschen" bedeutet ebenfalls, dass ein verbindlicher Jugendcheck auf EU-Ebene
79 eingeführt wird, um somit eine jugendgerechte, ressortübergreifende Politik in Europa zu stärken.

80 Die EU muss entsprechend dem Vertrag von Maastricht ein „Europa der Regionen“ bleiben und
81 diese Ebene sowie deren Vielfalt stärken.

82

83 **Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht für europäische Exekutive**

84 Die neue europäische Exekutive muss willens und in der Lage sein, Vertretern besonderer Interessen
85 und nationalen Regierungen gegenüber standzuhalten, insbesondere wenn es um die Durchsetzung
86 von Regeln geht. Die neue Kommission sollte die Durchsetzung der EU-Vorschriften entpolitisieren
87 und wieder zu einer unabhängigen und effektiven Aufsichtsbehörde werden, die die Einhaltung der
88 EU-Rechtsvorschriften überwacht.

89

90 Um das Vertrauen der Öffentlichkeit zu gewinnen und die Legitimität und Glaubwürdigkeit des
91 europäischen Projekts zu sichern, müssen die EU-Institutionen selbst und insbesondere die
92 Kommissionsmitglieder die höchsten Standards in Bezug auf Transparenz, Integrität und öffentliche
93 Rechenschaftspflicht einhalten.

94

95 **Lobbyregister erstellen!**

96 Die EU muss für mehr Transparenz in der Beschlussfassung und Lobbyarbeit sorgen und die
97 “Drehtür-Praktiken” besser beschränken. Dies würde die Legitimität der EU stärken, ein
98 ausgewogenes Engagement der Interessengruppen sicherstellen, die Übernahme von
99 Entscheidungsprozessen durch Unternehmen verhindern und Interessenkonflikte vermeiden.

100

101 Die Interessenvertretung muss durch ein verbindliches Lobbyregister nachvollziehbar gemacht und
102 reguliert werden!

103

104 **Bedarfsorientierte Forschung und Innovation**

105 Forschung, die heute priorisiert und finanziert wird, hat entscheidenden Einfluss auf die Zukunft
106 unserer Gesellschaften und unseres Planeten. Dabei sollte sie dazu beitragen, Europa und die Welt
107 zu einem ökologisch nachhaltigen, friedlichen und gesunden Lebensraum zu machen. EU-Forschung
108 sollte von demokratischen Entscheidungsprozessen geprägt sein, der Allgemeinheit dienen, lokale /
109 regionale Gegebenheiten im Blick haben und die Grenzen unseres Planeten respektieren. Sie sollte
110 sich von stark wachstumsorientierten, ressourcenintensiven Wirtschaftsmodellen verabschieden,
111 ebenso darf den Budgets von Militär und Wirtschaft kein Vorrang mehr gegenüber sozialen und
112 ökologischen Fragestellungen eingeräumt werden..

113 D.h. die Forschung und Innovation sollten auf die großen Herausforderungen wie Klimawandel,
114 Biodiversitätsverlust, Ressourcenknappheit und Gerechtigkeit ausgerichtet sein. Geboten ist vor
115 allem die Förderung von Zukunftstechnologien. Sämtliche Forschungsförderung, die im Widerspruch
116 zu den Klimaschutzzielen von Paris steht oder UN-Nachhaltigkeitsagenda widerspricht, muss
117 beendet werden.

118 Innovation und Vorsorge müssen zusammen gedacht anstatt gegeneinander ausgespielt werden.
119 Innovationen sind nicht per se nachhaltig und nachhaltige Innovationen nicht per se ohne Risiken.
120 Eine partizipativ aufgesetzte, erweiterte Technikfolgenabschätzung denkt Zukunftsvorsorge und

121 mögliche Folgen für die nächsten Generationen mit. Nur so können die notwendigen
122 technologischen, sozialen und kulturellen Veränderungen hin zu einer nachhaltigeren Gesellschaft
123 im Rahmen der nachhaltigen Entwicklungsziele demokratisch legitimiert und gestaltet werden.
124 Niemand sollte sich ausgegrenzt und von den Veränderungen überfordert fühlen. Umso wichtiger ist
125 es, gemeinsam mögliche Zukunftsszenarien zu entwerfen, Zielkonflikte zu diskutieren und die Risiken
126 zu bewerten. Diese Aspekte sollten im Arbeitsprogramm der EU-Kommission 2019-2024 einen
127 zentralen Stellenwert bekommen.

128

129 **EU-Politik transparenter und demokratischer gestalten - auch in Luxemburg!**

130 Der europäische Gedanke braucht eine breite Akzeptanz bei den BürgerInnen, dies in allen
131 Bevölkerungsschichten. Diese kann nur durch eine verbesserte Information und Partizipation von
132 BürgerInnen, Vereinigungen und Parlamenten an der EU-Politik erfolgen.

133 In Luxemburg fehlt es über allgemeine Versprechen hinaus an konkreten Schritten in diesem Sinne,
134 die da u.a. sein sollten:

135 - **Regeln über Diskussionsprozesse im Vorfeld von EU-Debatten festlegen:** Eine objektive
136 Kriterienliste soll regeln, welche Entscheidungsprozesse auf Luxemburger Ebene im Vorfeld einer
137 Debatte auf EU-Ebene zu respektieren sind (Fragestellungen wie jene, wann die
138 Abgeordnetenkammer eingebunden werden muss oder inwiefern Vertreter Luxemburgs in EU-
139 Gremien ein formales Mandat benötigen).

140 - **Verbesserte Berichterstattung über die Haltung der Luxemburger Vertreter / Ministerien mittels
141 verstärkter Online-Informationen sowie Pressemitteilungen:**

142 * Die Haltung der Regierung im Vorfeld einer Entscheidung muss weitaus offensiver in die
143 Öffentlichkeit getragen werden, ebenso wie Stellungnahmen / das Abstimmungsverhalten von
144 Luxemburger Vertretern in EU-Gremien.

145 Dies u.a. auf einer speziellen Internetseite der Regierung sowie mittels vermehrter
146 Pressemitteilungen.

147 * Entwürfe wichtiger Direktiven, relevante in Ausarbeitung befindliche Regelwerke müssen im
148 Vorfeld interessierten Akteuren zugestellt werden, mit der Anfrage eines Austauschs / einer
149 Stellungnahme...

150 - **Finanzielle Unterstützung für EU-Arbeit von Nicht-Regierungsorganisationen zugestehen, damit
151 diese aktiver und professioneller an EU-Themen arbeiten können:** Um die EU-Politik stärker in die
152 (gesellschafts-)politische Aktualität einzubringen; die Information und Bewusstseinsbildung
153 demokratischer zu gestalten; der realen Sorge entgegenzuwirken, dass EU-Entscheidungen zu sehr
154 "von oben herab" getroffen und von Wirtschaftslobbyisten beeinflusst werden, bedarf es dieser
155 direkten Mitarbeit der Zivilgesellschaft.